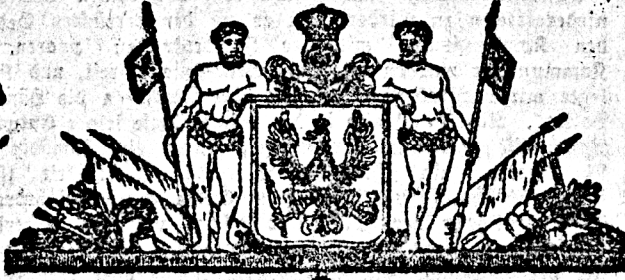


Wossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelssteiles): H. Bachmann in Berlin

Sauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801 11 802 bis 11 850 sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Räteregierung in München.

Erregung in München.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

München, 5. April.

Auf München liegt das Zittern der Erwartung! Die Straßen sind gefüllt mit Menschen. Vor den Plakaten der Kommunisten und des Spartakusbundes bilden sich dicke Gruppen. In den Straßen herrscht riesiger Verkehr.

Die Räte haben die ganze Nacht über Sitzung abgehalten. Angeblich soll beschlossen worden sein, führende Persönlichkeiten des Bürgertums und der Presse zu verhaften. Die Tatsache, daß der Landtag und seit heute vormittag auch das Kriegsministerium von Räteruppen besetzt ist, daß in den Verhandlungen der Räte selbstverständlich auch radikalste Forderungen zur Sprache kamen, daß heute abend alle großen Säle für Versammlungen des Proletariats offen stehen, und daß heute nacht die Räterepublik Bayern ausgerufen werden soll, drückt gewaltig auf die Stadt.

Viele hatten auf die Wiederberufung des Landtages gehofft. Es waren alle diejenigen, die eine Einwirkung des Landtages, das heißt der alten Parteien auf die politische Entwicklung noch für möglich hielten. Die Macht des Landtages wäre aber in dem Augenblick gleich Null zu erachten, in dem der Landtag sich gegen das sozialistische Ministerium ausgesprochen hätte. Tatsächlich beabsichtigte das der Landtag gar nicht, sondern die Sitzung am 8. sollte lediglich eine Stellungnahme des Landtages zu den Abspaltungsbestrebungen in Schwaben und Franken darstellen. In den Kreisen der U. S. P. glaubt man aber behauptet wenigstens zu glauben, daß der Landtag zu dem Zweck einberufen sei, um das bisherige sozialistische Ministerium zu stürzen.

Was tatsächlich von den Räten gewollt wird, geht am besten aus dem Referat hervor, daß das Soldatenratsmitglied Klingelhöfer heute über die politische Lage hielt. Klingelhöfer verlangt, daß das bisherige Ministerium, das nicht aktionsfähig gewesen sei, aktionsfähig werde und dadurch in die Lage komme, zu regieren. Bisher habe es an innerer und äußerer Sabotage gelitten. Der Referent wies auf einen Versuch hin, der vorgestern von bürgerlicher Seite gemacht worden sei, das bisherige Ministerium in ein Reaktionsministerium mit bürgerlichen Mitgliedern umzuwandeln. Der Hinweis Klingelhöfers ist nicht richtig, die verantwortlichen Persönlichkeiten der Parteien stehen mit vollem Bewußtsein hinter dem sozialistischen Ministerium.

Klingelhöfer ist persönlich recht gemäßig. Über das Programm für die Räterepublik wird in der Form, wie er es ausspricht, wohl nur als Programm dienen, in der Ausführung aber wohl weit radikaler werden. Nach Klingelhöfer soll die Räterepublik ohne jedes Blutvergießen proklamiert und ohne jede wilde Sozialisierung durchgeführt werden. Er hält den Gruppensozialismus für noch verwerlicher als den alten Kapitalismus. Die Aufgabe der Betriebsräte und Angestelltenausschüsse sei es, dafür zu sorgen, daß die Arbeitsmöglichkeiten und das Vermögen des Volkes unverehrt erhalten bleibe. Eine feierliche Erklärung der Räterepublik werde in ganz Bayern erfolgen und von einem Generalstreik begleitet werden. Der Tag der Verkündung soll als Nationalfesttag gelten.

Die mehrheitssozialistische Partei hat sich über die Frage der Räterepublik noch immer nicht ganz geeinigt, aber unter dem starken Einfluß des Arbeiterssekretärs Thomas, der zu den Unabhängigen hinneigt, hat sich heute vormittag eine Mehrheit für die Räterepublik gebildet, so daß zu erwarten steht, daß die geplante Einheitsfront der drei sozialistischen Parteien im Laufe des heutigen Tages zustande kommt.

Auch der Aeltestenrat des Landtages ist heute Vormittag 9 Uhr zusammgetreten, um sich zu beraten. Über die Entschlüsse ist bis heute Mittag noch kein Ergebnis in die Öffentlichkeit gedrungen. Wichtig ist, was die „Münchener Post“ schreibt:

„Die Berichte, daß der sozialdemokratische Verein am Schlusse seiner gestrigen Verhandlungen eine Kommission wählte, die noch in der Nacht mit den Vertretern der U. S. P. und der Kommunisten über die gegenwärtige Lage verhandelte, sind zutreffend. Die Entscheidung über die Ergebnisse ist bisher noch nicht gefallen.“

Man verspricht sich — wieder einmal — in Rätekreisen von der Ausrufung der bayerischen Räterepublik eine entscheidende Wirkung auf das Proletariat der Entente. Dieselbe Aktion hat bei der Revolution am 9. November eine Rolle gespielt.

Neuer Umsturz.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

München, 5. April.

München steht unmittelbar vor der Ausrufung der Räterepublik. Damit schließt eine Entwicklung ab, die durch den ersten Anschlag auf den Landtag am 21. Februar eingeleitet wurde. Die Verhinderung der Landtagseröffnung, die zeitlich mit dem unglücklichsten Attentat auf Kurt Eisner zusammenfiel, war ein wohlüberlegtes Unternehmen der Kommunisten und Unabhängigen. Bekanntlich ist der Arbeiterführer und des Abgeordneten Osel, der dem revolutionären Arbeiterrat angehört, bis zum heutigen Tage völlig unbefähigt geblieben. Der Widerstand des ganzen Landes hat damals verhindert, daß die geplante Ausrufung der Räterepublik durchgeführt wurde. Nach wochenlangem Hin und Her wurde ein Mittelweg gefunden. Man berief ein rein sozialistisches Ministerium, veranordnete die Räte in der Befassung und beschränkte die Aufgaben des Landtages auf die Zustimmung zu den vollendeten Sachen. Das neue Ministerium begann alsbald auch mit weitgehenden Sozialisierungsmaßnahmen und bemühte sich, die äußerste Linie zu stellen. Die Entwicklung der letzten Tage hat gezeigt, daß alle diese Bemühungen vergeblich waren.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags fanden lange Besprechungen des Ministerrats mit dem Münchener Zentralrat statt. Im Löwenbräu-Keller tagte bis zu später Nachtstunde eine vom Zentralrat einberufene Versammlung, in der der linksradikale Dr. Badler erklärte:

Der Landtag werde am Dienstag nicht zusammentreten. Was in Augsburg gestern mit dem Generalstreik begonnen wurde, werde in München vollendet werden. Die Aufgabe der nächsten Tage und Stunden müsse: Beseitigung der Parteien, Einigkeit des gesamten Proletariats, Generalstreik, Ausrufung der Räterepublik und Verbrüderung mit dem russischen und ungarischen Proletariat. Dann werde keine Macht der Erde die sofortige Durchführung der vollen Sozialisierung mehr hindern.

Diese Ankündigung wurde von der Mehrheit stürmisch begrüßt. Der Vorsitzende des Zentralrats Rielich betonte, daß das nordbayerische Proletariat den Lösungsbestrebungen des nordbayerischen Kapitalismus einen Strich durch die Rechnung machen werde. Die Ausrufung der bayerischen Räterepublik werde in ganz Deutschland vorbildlich wirken und den Ausbruch der Weltrevolution zur Folge haben.

Generalstreik im Ruhrgebiet.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

Düsseldorf, 5. April.

Die hiesige Generalstreikkommission hat soeben den Beschluß gefaßt, daß morgen, Sonntag mittag 12 Uhr, der Generalstreik als Maßnahme gegen die Regierung beginnen soll. Der Beschluß wurde mit 16 gegen 6 Stimmen angenommen. Vom Streik ausgenommen ist die städtische Feuerwehr, das Wasserwerk, die Lebensmittelversorgung, das Sanitäts- und Sicherheitswesen sowie der Schlachthof.

Bochum, 5. April.

Ueber das gesamte Ruhrgebiet ist mit sofortiger Wirkung der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden.

Drohender Eisenbahnbeamtenstreik?

Ein Teil der Eisenbahnbeamten hat neue Gehaltsforderungen gestellt, und im Falle ihrer Nichtbewilligung mit dem Eintritt in den Massenstreik zum 10. April gedroht. Die Regierung ist entschlossen, einem Eisenbahnbeamtenstreik mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten und die dienstwilligen Beamten, die sich nach ihrer Meinung in der großen Mehrheit befinden werden, unter allen Umständen zu schützen.

Der ungarische Wahn.

Von

Dr. Edgar v. Schmidt-Pauli.

Die spärlichen Nachrichten, die aus Ungarn herausgelassen oder offiziell in die Welt gesandt werden, sind natürlich gefärbt. Béla Kun und Genossen haben alles Interesse daran, den Dingen nach außen hin ein möglichst freundliches Antlitz zu geben. Hinter dieser Maske aber zeigt die Wahrheit, wie aus den privaten Mitteilungen einer gestern aus Budapest eingetroffenen glaubwürdigen Persönlichkeit hervorgeht, eine geradezu trostlose Szene.

Mein Gewährsmann berichtet folgende Einzelheiten, die mir nur wie eine logische Fortsetzung meiner eigenen, hier kürzlich wiedergegebenen Erfahrungen erscheinen. In Budapest herrscht in allen bürgerlichen Schichten fieberhafte Erregung über die täglichen Eingriffe und Uebergriffe in das private Leben. Der Fall der Familie des Grafen Cselontes, eines der reichsten ungarischen Magnaten, liefert ein typisches Beispiel. In seinem weitläufigen Palais sind ihm für sich und die Seinigen nur zwei Zimmer belassen, die übrigen durch gewalttätige Einquartierungen unkontrollierbarer Kommissionen belegt. Cselontes selbst darf sich aus Budapest nicht entfernen, obwohl er öffentlich niemals hervorgerufen ist und als Privatmann gelebt hat. Für seinen Lebensunterhalt ist ihm gestattet, täglich von seiner Bank 100 Kronen zu beheben. Sein Sohn ist interniert worden. Das Palais wird von einem roten Gardisten bewacht, damit ja nicht irgendeiner der kostbaren Möbel vom Besitzer fortgeschafft werden kann. Ähnlich ergeht es den meisten mehr oder weniger angesehenen Familien, in denen die Verzweiflung bereits eine Selbstmord-Epidemie zeitigt. Die Herren-Klubs sind drei Mann geschlossen, ihr Vermögen beschlagnahmt worden, und die Räume dienen irgendwelchen kommunistischen Organisationen als Aufenthaltsort. Der Begriff des Privateigentums ist erloschen. In den nächsten Tagen soll ein „Gesetz“ erscheinen, das die Aufhebung des Privateigentums staatlich verkündet. Alle Einlagen in den Banken hat man bekanntlich schon beschlagnahmt. Im Lande herrschen Anarchie und maßlose Verbitterung nicht nur bei den Großgrundbesitzern, sondern auch bei den Bauern. Ueberall greifen unter Berufung auf die neue „Ordnung“ zweifelhafte Existenzen in die Verwaltung und Bewirtschaftung der Güter ein und richten unbeschreibliche Verwirrung an. Die Steigerung der Lebensmittelpreise wird nur noch übertrieben durch das Anwachsen der Regierungskosten. Die Zahl der Regierungskommissare vervielfältigt sich nach dem Recht der alten Drachensaat. Kurz die Zustände sind unhaltbar und treiben rasend schnell einer Katastrophe schauerlichen Umfangs zu.

Darüber suchen die krampfhaften Lockmittel sozialer Reformen hinwegzutäuschen, die in der ungarischen Presse als Volksbeglückung gepriesen werden müssen und sogar in deutschen, unerschöpflichen Blättern zur Nachahmung empfohlen werden. Gegen keine der rigorosen Maßnahmen ließe sich etwas einwenden, wenn auch nur die geringste Hoffnung vorhanden wäre, damit das Los der Arbeiter glücklicher zu gestalten, sollten diese Maßnahmen das Bürgertum im Augenblick selbst ungerecht und empfindlich treffen. Aber wird z. B. irgend jemand dadurch fatter, daß man nach langen Beratungen die Abelsprädikate abschafft? Und die berühmte, in die Welt posante Kommunistierung der Theater? Es klingt sehr schön, daß die guten Stücke dem Proletariat umsonst zugänglich gemacht werden sollen — ein solches Bestreben auf gesunder Grundlage ist ein Ziel, aufs innigste zu wünschen. Doch zu Theateraufführungen gehört nun einmal Geld, d. h. Lohn für die Autoren, die Schauspieler, die Bühnenarbeiter. Wie stellt man sich die Bilanz der planlos und plötzlich kommunistierten Theater vor? Dem Einwand wird mit der Verpflichtung des Staates begegnet, das Defizit, das sicher nicht schwach sein wird, zu tragen. Aber woher soll die hierfür notwendige Geldquelle eines Staates in so trauriger finanzieller Lage, der neben künstlerischen auch noch einige andere Interessen zu vertreten hat, auf die Dauer gespreift werden? Man zieht die Dichter, die Schriftsteller heran, verspricht ihnen ein Leben, wie es früher nur ihre Mäzene geführt haben — weil man sie braucht. Propaganda-Unkosten. Das Resultat der Ueberlastung liegt auf der Hand: Einstellung des ganzen Betriebes; also nicht nur die Unmöglichkeit, dem Proletariat des geistigen Genusses teilhaftig zu machen, sondern schwere Schädigung der ganzen Klasse der zum Betriebe gehörigen Arbeiter!

In den Bereich des Wahns gehört auch die Errichtung einer machtvollen ungarischen Proletarier-Armee, die die augenblicklichen Machthaber seit einiger Zeit ständig im Grunde führen. Jeder, der die jetzigen ungarischen Verhältnisse nur einigermaßen kennt, weiß, daß die Schaffung einer wirklich leistungsfähigen Armee Jahre im Anspruch nehmen würde. Werden lassen sich junge, hauptsächlich unreihe Burschen gegen hohen Sold, meistenteils in der Großstadt umherschleifen, arbeitsunwillige Elemente, die ein bequemes Leben erhoffen, bei dem sie sich noch als unberufene Machthaber aufspielen können. Ich war noch vor kurzem in mehreren Gegenden Ungarns herum, wie solche, angeblich